

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 08.12.2009

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesend sind:

Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Einladung aufgrund eines persönlichen Antrages		
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Frau Dr. Wünscher
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreter: Herr Dr. Wend

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung bat, folgende Tagesordnungspunkte zu vertagen, da noch keine abschließenden Voten der Fachausschüsse vorliegen:

- 5.7. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14
Vorlage: V/2009/08287
- 5.9. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08433
- 5.11. Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: IV/2009/07886
- 7.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2009/08340

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

- 3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 17.11.2009
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2008 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: V/2009/08437
- 5.2. Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2009/08111
- 5.3. Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2010
Vorlage: V/2009/08373
- 5.4. Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009
Vorlage: V/2009/08345
- 5.5. Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2010 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes
Vorlage: V/2009/08297
- 5.6. Beschlussvorlage zur Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08450

- 5.6.1 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU) zur Beschlussvorlage zur Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriadi et Antonii zu Halle (Saale) (Vorlage V/2009/08450)
Vorlage: V/2009/08521
- 5.7. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14
Vorlage: V/2009/08287 - **v e r t a g t**
- 5.8. 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08198
- 5.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale) - (Vorlagen-Nr.: V/2009/08198)
Vorlage: V/2009/08333
- 5.9. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08433 - **v e r t a g t**
- 5.10. Antrag auf Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: V/2009/08454
- 5.11. Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: IV/2009/07886 - **v e r t a g t**
- 5.12. Jahresrechnung 2008 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2009/08275
6. Auswirkungen der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten
Vorlage: V/2009/08253
- 7.2. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark
Vorlage: V/2009/08257
- 7.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2009/08340 - **v e r t a g t**
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 17.11.2009

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 17.11.2009 wurde genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften wurden folgende abschließenden Beschlüsse gefasst:

zu 3.2 Antrag auf unbefristete Niederschlagung einer Stellplatzablöseforderung
Vorlage: V/2009/08276

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt, die Forderung in Höhe von 76.609,42 € unbefristet nieder zu schlagen.

zu 3.4 Verkauf eines kommunalen Grundstücks
Vorlage: V/2009/08382

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstücks Franz-Heyl-Straße (Gemarkung Halle, Flur 04, Flurstück 55/40 und 55/38, benötigte Teilflächen gesamt ca. 12.560 m²) an die Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Gartenstadt Halle eG, Pestalozzistraße 30 in 06128 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.6 Vergleich in einer Personalangelegenheit
Vorlage: V/2009/08400

Beschluss:

Der Dienstvertrag mit Herrn von Sohl vom 14.02.2001 in der Fassung vom 28.06.2005 wird mit Wirkung zum 31.12.2009 beendet.

Herr von Sohl erhält eine Abfindung in entsprechender Anwendung von §§ 9, 10 Kündigungsschutzgesetz.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Jahresabschluss 2008 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH** **Vorlage: V/2009/08437**

Auf die Äußerung von Herrn Wolter, dass der Jahresabschluss des MDV sehr spät vorgelegt werde, antwortete Herr Lehmann (Geschäftsführer des MDV), dass die Prüfergebnisse erst dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung und dann u. a. der Stadt Halle (Saale) vorgelegt wurden.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 06.08.2009 zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2008 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird in der von der Deloitte & Touche GmbH – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 17.06.2009 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 €.
Die Bilanzsumme beträgt	1.450.713,56 €.

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

zu 5.2 **Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten** **Vorlage: V/2009/08111**

Auf Anfrage von Herrn Wolter führte Herr Kreisel aus, dass im Wirtschaftsplan nur eine Auszubildendestelle geplant sei, weil diese für den Verwaltungsbereich ausgebildet werde. Herr Kogge fügte an, dass die ErzieherInnen überbetrieblich ausgebildet werden. Zu den Ausgaben für Miet- und Pachtverträge erläuterte Herr Kreisel, dass der EB Kita an den EB ZGM gebunden sei und es sich bezüglich des Pachtvertrages um eine bereits jahrelang gepachtete kleine Fläche von einem Dritten handele.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2010 für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle 1.4640.6750 Erstattung an Eigenbetrieb Kindertagesstätten	2.356.520 €
Haushaltsstelle 1.4640.7150 Zuschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten	23.974.194 €

**zu 5.3 Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2010
Vorlage: V/2009/08373**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Dr. Wünschler, Frau Nagel, Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Neumann, Herr Voß und Frau Graupeter.

Herr Neumann führte aus, dass sich die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH mit dem Ziel der Verbesserung der überregionalen Wahrnehmung vermehrt in Netzwerken z. B. mit der Stadt Wittenberg zur Reformation oder im Netzwerk Tagungsdreieck engagiere.

Um die Innenstadt zu beleben, wurde der Stellenplan umstrukturiert und ein Citymanager eingesetzt, der verstärkt das Leerstandsmanagement angehen und mit konkreten Projekten die Innenstadt stärken soll.

Frau Graupeter fügte an, dass es sich bei den geplanten 63 T€ nicht um einen Ansatz für Gehaltszahlungen handele, sondern dass diese Mittel für konkrete Projekte eingesetzt werden sollen. Eine extra Stelle wurde nicht geschaffen. Die notwendigen Tätigkeiten sollen durch Umstrukturierung zusätzlich erbracht werden. Die Einrichtung einer extra Stelle als Citymanager sei zwar wünschenswert, jedoch momentan nur durch Sponsoring finanzierbar.

Zu den eingestellten Ausgaben für die Markenführung erläuterte Herr Voß, dass zum Teil bestehende und neue Produkte mit der neuen Marke versehen werden. Durch die Umstellung entstünden keine Extrakosten.

Die Verlustvorträge der vergangenen Jahre konnten durch die erwirtschafteten Überschüsse kompensiert werden. Herr Voß gehe davon aus, dass keine zusätzlichen Forderungen von Seiten der Stadtmarketing Halle GmbH auf die Stadt Halle (Saale) zukommen werden.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 8. Dezember 2009 - öffentlicher Teil

der Prüfung sollen in der Aufsichtsratssitzung am 18.12.2009 vorgestellt werden. Erst danach könne festgestellt werden, ob eine Anpassung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages vorgenommen werden müsse oder nicht.

Herr Wöllenweber beteiligte sich weder an der Diskussion noch an der Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Mittelbereitstellung zur Finanzierung der HAVAG, zur Verwendung der Regionalisierungsmittel und zur Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

**zu 5.6 Beschlussvorlage zur Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08450**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Krause, Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel und Herr Kogge.

Herr Misch stellte den unter TOP 5.6.1 eingestellten Änderungsantrag, der beinhaltet, dass die Zusammensetzung des Stiftungsvorstandes nicht geändert wird. Er begründete seinen Antrag damit, dass die Autorität des Oberbürgermeisters gegenüber einem Beigeordneten nicht zu vernachlässigen und zu unterschätzen sei und deshalb zwei Beigeordnete - auf Augenhöhe - im Stiftungsvorstand vertreten sein sollten.

Weiterhin beantragte er die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages.

Es wurde betont, dass die Satzung aufgrund einer Initiative der Stiftungsbehörde geändert werden solle. Die Beschlussfassungen werden in der heutigen Zeit demokratisch gefasst und man richte sich nach gesetzlichen Vorgaben.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass der § 5 (2) Satz 2 nicht gänzlich gestrichen werden könne. Der Passus: "Die Mitglieder der Organe der Stiftung sind ehrenamtlich tätig." sollte bestehen bleiben. Der Rest des Satzes „und haben Anspruch auf Ersatz Ihrer Auslagen.“ könne durch den neuen Passus ersetzt werden.

Herr Kogge betonte, dass das Sitzungsgeld bezüglich der Höhe analog den Regelungen der Riebeck-Stiftung festgelegt wurde. Zur Vertretung des Oberbürgermeisters im Stiftungsvorstand führte er aus, dass das Weisungsrecht des OB auf die Beigeordneten unbenommen sei. Die Nennung der Oberbürgermeisterin wurde aufgrund der Aufgabenverteilung und der überaus großen Erfahrungen von Frau Szabados aus heutiger Sicht favorisiert.

Einzelabstimmung der Beschlussvorschlagspunkte:

Abstimmung zu 1 a):

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmung zu 1 b)

siehe Abstimmung zum Antrag von Herrn Misch TOP 5.6.1

Abstimmung zu 2.

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmung zu 3.

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag in modifizierter Form:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt folgende Änderungen der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale).

a) § 5 Abs 2

Satz 2 erhält folgende Fassung:

Die Mitglieder der Organe der Stiftung sind ehrenamtlich tätig. ~~und haben Anspruch auf Ersatz Ihrer Auslagen.~~

es wird wie folgt neugefasst **angefügt**:

„Darüber hinaus können die Vorstandsmitglieder auf Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) eine angemessene Pauschale für ihren Zeitaufwand und Arbeitseinsatz erhalten. Die Angemessenheit im Sinne dieser Regelung orientiert sich am Freibetrag gemäß § 3 Nr. 26a des Einkommenssteuergesetzes.“

b) § 6, Abs. 1 ~~wird wie folgt neugefasst:~~

~~„Der Stiftungsvorstand besteht aus fünf Mitgliedern, davon 3 Bürgern aus der Stadt Halle, die aber nicht Geistliche sein dürfen, sowie 2 Beigeordnete, die vom Oberbürgermeister benannt werden. Anstatt der 2 Beigeordneten, kann auch der Oberbürgermeister anstelle eines Beigeordneten die Funktion im Stiftungsvorstand wahrnehmen. Die vom Stadtrat gewählten Vorstandsmitglieder werden für die Dauer von 5 Jahren gewählt.“~~

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 8. Dezember 2009 - öffentlicher Teil

2. Der Stadtrat beschließt, dass ein Sitzungsgeld in Höhe von 75,00 € pro Sitzung an die Vorstandsmitglieder gezahlt wird.
3. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 5.6.1 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU) zur
Beschlussvorlage zur Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St.
Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale) (Vorlage V/2009/08450)
Vorlage: V/2009/08521**

Diskussion siehe TOP 5.6.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale) wird in § 6, Abs. 1 nicht neugefasst.

d. h.

Punkt 1 b) des Beschlussvorschlages der Vorlage zur Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle wird gestrichen.

~~„Der Stiftungsvorstand besteht aus fünf Mitgliedern, davon 3 Bürgern aus der Stadt Halle, die aber nicht Geistliche sein dürfen, sowie 2 Beigeordnete, die vom Oberbürgermeister benannt werden. Anstatt der 2 Beigeordneten, kann auch der Oberbürgermeister anstelle eines Beigeordneten die Funktion im Stiftungsvorstand wahrnehmen. Die vom Stadtrat gewählten Vorstandsmitglieder werden für die Dauer von 5 Jahren gewählt.~~

**zu 5.7 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre
2010/11 bis 2013/14
Vorlage: V/2009/08287 - v e r t a g t**

**zu 5.8 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08198**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Frau Wolff, Herr Wehrich und Herr Kogge.

Herr Dr. Meerheim informierte über die modifizierten Beschlüsse bzgl. der km-Zahl im Jugendhilfe- und im Bildungsausschuss.

Herr Kogge wies auf die Ungleichbehandlung bezüglich der km-Zahl für die Kinder hin. Der Änderungsantrag wurde für die Jahrgangsstufen 11. bis 13. Klasse gestellt. Dieser Anspruch gelte auch für die Jugendlichen der freien Schulen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag in modifizierter Form:

Aufgrund des § 71 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.08.2005 (GVBl. 2005 S. 521), zuletzt geändert durch 12. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes vom 14.07.2009 (GVBl. 2009 S. 358) in Verbindung mit den §§ 6 und 44 Abs. 3 Nr. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 in der Fassung der Bekanntmachung 10.08.2009 (GVBl. 2009 S. 383) hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 26.05.1999 die 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.1999 veröffentlicht im Amtsblatt am 10.06.1999 beschlossen.

1. § 2 wird wie folgt ergänzt:

Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1 a eingefügt:

Für Schülerinnen und Schüler, welche nach §71 Absatz 4 a des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des Zwölften Änderungsgesetzes vom 14.07.2009 einen Anspruch auf Entlastung von den Fahrkosten zum Schulbesuch haben, beträgt die Mindestentfernung, ab der 11.-13. Jahrgangsstufe 4,0 3,0 km.

2. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2009 in Kraft.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VWH :	1.2900.639000	08/09 – 12/09	153.550,00 €
Ausgaben	1.2900.639000	01/10 – 12/10	531.175,00 €

**zu 5.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage - 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale) - (Vorlagen-Nr.: V/2009/08198)
Vorlage: V/2009/08333**

Herr Krause sprach sich gegen den Änderungsantrag aus.

Diskussion siehe unter 5.8.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss wird in Punkt 1 wie folgt geändert:

Für Schülerinnen und Schüler, welche nach § 71, Absatz 4 a des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des Zwölften Änderungsgesetzes vom 14.07.2009 Anspruch auf Entlastung von den Fahrkosten zum Schulbesuch haben, beträgt die Mindestentfernung für die Jahrgangsstufen 11 – 13, ab der der Anspruch besteht, 3,0 km.

**zu 5.9 Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08433 - v e r t a g t**

**zu 5.10 Antrag auf Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: V/2009/08454**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Wöllenweber, Herr Krause, Herr Knöchel, Herr Kogge, Herr Neumann und Herr Kreisel.

Aufgrund von Nachfragen erläuterte Herr Kogge, dass die Vorlage ausgetauscht werden konnte, da sich aufgrund der zeitlichen Entwicklung eine veränderte Prognose zum Jahresende abzeichnete, die zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung der ursprünglichen Vorlage nicht in dem Maß abzusehen gewesen sei. Er erläuterte die Entwicklung und ging besonders auf die Entwicklung der Kinderzahlen, das geänderte Nutzungsverhalten, die Auswirkungen von Arbeitsmarktmaßnahmen (Kommunalkombi) auf die Kosten der Unterkunft und die Mehreinnahmen für die Eingliederungshilfe ein. Bezüglich der Zuschüsse an die Freien Träger führte Herr Kogge aus, dass es laufende Verwaltungstätigkeit sei, Abrechnungen auf geleistete Hilfen zur Erziehung zu überprüfen und zur Zahlung anzuweisen. Eine monatliche Endabrechnung mit den Trägern sei nachvollziehbarerweise arbeitstechnisch nicht zu gewährleisten.

Aus heutiger Sicht musste von der Verwaltung für die Bereiche Hilfe zur Erziehung und Kosten der Unterkunft durch die intensive Überprüfung der Deckungsmöglichkeiten innerhalb des Deckungskreises im letzten Monat kein überplanmäßiger Ausgabeantrag gestellt werden.

Einige Mitglieder des Ausschusses führten aus, dass sie Schwierigkeiten damit hätten, der Verwaltung das nötige Vertrauen entgegen zu bringen, befürchteten eine Verschiebung der Ausgaben in das nächste Haushaltsjahr und damit finanzielle Probleme für die Freien Träger. Sie unterstellten eine unseriöse Planung, da die gleiche Diskussion im vergangenen Haushaltsjahr geführt wurde.

Herr Knöchel bat um Information über den Inhalt des Schreibens vom Dezernat IV vom 06.07.2009, auf welches im Nachtragshaushaltsplan, Seite 11 verwiesen wurde.

Herr Neumann betonte, dass die Vermerke verwaltungsintern angebracht und das Blatt vor der Beschlussfassung im Stadtrat ausgetauscht wurde.

Frau Wolff führte aus, dass sie nicht mit einer von Herrn Kogge in Aussicht gestellten Kompensation der Aufwüchse im HzE-Bereich rechne. Sie erwarte Veränderungen in Richtung Mehrausgaben, da es sogenannte Billiganbieter nicht gebe und die Fallzahlen steigen. Dies sei seit Jahren ein großes Problem. Schwierig für die Freien Träger sei es, dass die Verwaltung vertraglich mit ihnen vereinbart habe, dass sie vier Monate Zeit habe, die erbrachten Leistungen zu bezahlen.

Herr Kogge erläuterte, dass es in der Tat keine Billiganbieter gebe, aber sehr große Schwankungen zu verzeichnen seien. Die Sicherung der Qualität werde mit den abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen geregelt. Die durchschnittlichen Kosten pro Fall seien im vergangenen Jahr gesunken. Welche Kosten im Jahr 2009 tatsächlich entstehen, könne erst mit der Endabrechnung ermittelt werden. Bis dahin müsse mit qualifizierten Schätzungen gearbeitet werden.

Auf Nachfrage informierte Herr Kreisel, dass aus Gründen der Personalkostensteigerung durch die Mehrkinder keine Änderung des Wirtschaftsplanes vorgenommen und damit auch keine Information an den Eigenbetriebsausschuss erfolgen müsse, da die im Wirtschaftsplan veranschlagten Personalkosten auskömmlich seien. Ein Problem stellen die Mindereinnahmen durch den Zeitverzug bei der Inkraftsetzung der neuen Gebührensatzung dar.

Die Verwaltung wurde gebeten, eine Darstellung der Zahlungsströme für die Kosten der Unterkunft und für die Ausgaben der Hilfen zur Erziehung inklusive der Deckungsringe zu erarbeiten und zu übergeben.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Ausgaben für UA 4640 (Kindertageseinrichtungen)
Haushaltsstelle 1.4640.715000 – Zuschüsse an Eigenbetrieb – 1.200.000 €
Haushaltsstelle 1.4640.718000 – Zuschüsse an übrige Bereiche – 1.900.000 €

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen

1.9000.003000 – Gewerbesteuer	- 1.100.000 €
1.8300.220000 – Stadtwerke Konzessionsabgaben	- 2.000.000 €

**zu 5.11 Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche:
Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: IV/2009/07886 - v e r t a g t**

zu 5.12 Jahresrechnung 2008 und Entlastung der Oberbürgermeisterin Vorlage: V/2009/08275

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1.
Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen.
2.
Der Oberbürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2008 gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.

zu 6 Auswirkungen der Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft

Die Mitglieder des Ausschusses bedankten sich bei der Verwaltung für die übergebenen Unterlagen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten Vorlage: V/2009/08253

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Wehrich, Frau Dr. Wünscher, Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause und Herr Kogge.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass Frau Hartmann und Herr Meier vom Umweltzentrum Franzigmark um Rederecht gebeten haben.

Abstimmung zum Antrag auf Rederecht:

8 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Es wurde über den aktuellen Stand der Beschlussfassung informiert. Herr Wehrich führte aus, dass sich die antragstellende Fraktion mit dem Beschluss des Bildungsausschusses voll identifiziere, jedoch den im Jugendhilfeausschuss ergänzten Punkt 6 nicht mittrage.

Die Mitglieder des Ausschusses kritisierten, dass sie verwaltungsseitig nicht über die Ergebnisse der Fachausschüsse informiert worden seien.

Herr Misch stellte folgenden Antrag:

1. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Umweltzentrum Franzigmark erhalten
Vorlage V/2009/08253
wird in die nächste Sitzung vertagt.
2. Die Verwaltung wird gebeten, die Auszüge der Fachausschüsse mit den Unterlagen zu versenden.

Es wurde darauf hingewiesen, dass es die Aufgabe des Hauptausschusses sei, bei unterschiedlichen Voten der Fachausschüsse dem Stadtrat eine Empfehlung zur Beschlussfassung abzugeben. Weiterhin sei es zwar wünschenswert, dass die Verwaltung die entsprechenden Auszüge mitversendet oder ggf. nachreicht, aber es sei keine Pflicht. Die Stadträte haben in den Fraktionssitzungen die Möglichkeit, sich gegenseitig zu informieren.

Abstimmung des Antrages von Herrn Misch:

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
Mehrheitlich zugestimmt

Ergebnis:

vertagt

**zu 7.2 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark
Vorlage: V/2009/08257**

Frau Wolff betonte, dass sie ihren Antrag aufrecht erhalte und um Abstimmung bitte. Sie halte eine Finanzierung einer neuen Öko-Schule mit EFRE-Mitteln an einem anderen Standort nicht für sinnvoll.

Herr Kogge führte aus, dass die halesche Schullandschaft bekannt und jede Initiative und Arbeit der Schulen an neuen Konzepten willkommen sei. Er verwies auf den Bildungsbericht. Das Ergebnis der Beantragung der EFRE-Mittel sei offen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Schulstandort der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Standort Schulumweltzentrum Franzigmark zu erhalten.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2009/08340 - v e r t a g t**

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 Mitteilungen

Orientierungspapier

Herr Geier gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Orientierungspapiers zur Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010. Die Verwaltung verfolge das Ziel, nach der Winterpause die Stadträtinnen und Stadträte mit dem Zahlenwerk (voraussichtlich ab 11.01.2010) zu versorgen.

zu 10 mündliche Anfragen

zu 11 Anregungen

Zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin